№ 125
B 62
Abend-Ausgabe Berlin Donnerstag, 13. März 1924

Vossische Zeitung

10 Pfennig
100 Milliarden
Gegründet 1704
Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen
Mit Kurszettel
Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt
Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils) Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt
Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26
Fernsprech-Zentrale Ullstein. Amt Dönhoff 3600–3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686–3695. Telegramm-Adresse Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Unterredung mit Papanastasiu.

Von
Dr. Max Osborn,
Sonderberichterstatter der „Vossischen Zeitung".

✱ **Athen,** 12. März.

Der neue griechische Ministerpräsident Papanastasiu gab gestern Ihrem Sonderkorrespondenten Gelegenheit zu einer Unterhaltung über die Lage. Herr Papanastasiu, der Führer der radikalen Republikaner, ist ein Mann von etwa 40 Jahren, eine sympathische Erscheinung, die eher auf einen stillen Gelehrten als auf einen radikalen Brausekopf schließen läßt. Der griechische Ministerpräsident ist ein guter Kenner Deutschlands. Er hat in Berlin Nationalökonomie studiert und nennt sich gern den Schüler Adolf Wagners. Auch die Vorlesungen Sombarts hat er besucht. Papanastasiu gehört zu den wenigen Vertretern des wissenschaftlichen Sozialismus in Griechenland. Schon vor dem Kriege hat er mit einer kleinen Schar von Freunden die Gruppe der revisionistischen Sozialisten gebildet, die aber damals nur als linker Flügel der großen liberalen Partei in Erscheinung trat. Im Jahre 1921 während der zweiten Herrschaft König Konstantins gründete er die republikanische Partei. Die Revolution des nächsten Jahres, welche die Abdankung Konstantins zur Folge hatte, überraschte Papanastasiu im Gefängnis auf der Insel Aegina, wo er, der jetzt zum Minister des Innern ernannte Aravantinos, der Minister für die Reglung der Flüchtlingsfragen, Pazis, sowie der Dichter-Politiker Melas und andere gleich ihm zu lebenslänglicher Haft Verurteilte sich befanden.

Herr Papanastasiu ist fest davon überzeugt, daß das entschlossene Vorgehen seiner Partei, welche die sofortige Ausrufung der **Republik durch das Parlament ohne Vorangehen des Plebiszits und nur unter dem Vorbehalt einer späteren Volksbefragung bezweckt, die politische Verwirrung im Lande lösen und Griechenland die notwendige Ruhe bringen werde. Nun, da man endlich energisch zur Tat schreiten werde, würden die Republikaner auch die Schwankenden und Zögernden aus den anderen Lagern zu sich herüberziehen.**

Dem griechischen Ministerpäsidenten schwebt der Aufbau der griechischen Verfassung nach westlichem, insbesondere nach französischem Muster, vor. Er beabsichtigt die Einsetzung eines Senats, der zusammen mit dem Parlament den Präsidenten der Republik wählen soll. Die unerträgliche Verwirrung der Situation sei insbesondere der unerklärlich unsicheren und zweideutigen Haltung von Venizelos zuzuschreiben.

Auch von anderer maßgebender Seite wurde mir als Auffassung weiterer Kreise bestätigt, Venizelos habe immer deutlicher bewiesen, daß seine großen Fähigkeiten mehr diplomatischer, als eigentlich politischer Natur seien und daß er infolge seines langen Aufenthaltes im Auslande die Fühlung mit den inneren Zusammenhängen des Landes verloren habe. Gleichwohl besteht darüber kein Zweifel, daß das scheinbar nun endgültige Ausscheiden dieser europäischen Persönlichkeit ein einschneidendes Ereignis in Griechenland bedeutet. Bei aller Tragik dieses Abschlusses einer bewegten Laufbahn nahm die Hauptstadt jedoch diesen historischen Vorgang völlig ruhig auf. Zwar sammelte sich eine große Menschenmenge mittags vor dem Hause in der Universitätsstraße, wo Venizelos vor der Einschiffung bei einem seiner Freunde abgestiegen war. Doch kam es zu keinerlei Demonstration, auch nicht im Piräus, von wo schon im alten Athen mancher Staatsmann in die Verbannung ging. Wie berichtet, fährt Venizelos mit dem italienischen Dampfer „Cornaro" nach Marseille und begibt sich von dort nach der Riviera.

Bisher schien ganz Griechenland in ein monarchistisches und in ein venizelistisches Lager geteilt zu sein. Nun, da der König und Venizelos das Land verlassen haben, fehlt den Parteien nicht nur das Leitmotiv, sondern auch die führende Persönlichkeit. Herr Papanastasiu hofft, daß die Behebung dieser Mängel sich organisch vollziehen werde. Er legt Wert darauf zu betonen, daß es seine Absicht sei, eine Einigung auch mit den Anschauungen der anderen Gruppen der früheren großen Venizelos-Partei und der royalistischen Partei herbeizuführen und eine Einheitsfront zum Besten des Landes herzustellen. Zweifellos wird der griechische Premierminister dabei von den reinsten vaterländischen Gedanken geleitet.

Mit Bezug auf den englischen Einspruch, daß die Ausrufung der Republik nicht ohne vorherige Volksbefragung stattfinden dürfe, äußert Ministerpräsident Papanastasiu die Ansicht, Europa habe nur ein Interesse an der Ruhe und Stetigkeit der Verhältnisse in Griechenland, und England dürfe daher die Gewährung einer Anleihe zur Unterstützung der Flüchtlinge nicht von dieser inneren Frage abhängig machen. Die Großmächte würden auch ohne das früher beabsichtigte Plebiszit die Tatsache der Umstellung anerkennen, wenn es gelingt, eine ruhige Entwicklung der Dinge anzubahnen.

Die letzte Sitzung des ersten Reichstages.

Helfferich schimpft.

Zum dritten Male seit dem Bestehen des Deutschen Reichstages soll heute das Parlament aufgelöst werden. Es sind keine großen grundsätzlichen Entscheidungen wie anno 1887 und 1907, die den Anlaß zu einer Befragung des Volkes geben. Die Regierung entspricht nur dem Wunsche der meisten Abgeordneten, wenn sie die Lebenszeit des Reichstages um wenige Wochen verkürzt. „Wer stürzt, wen soll man stoßen," heißt es bei Nietzsche.

Tapfer und todesmutig wie die elf Schillschen Offiziere erwartet das hohe Haus die Exekution, obwohl manche Abgeordnete wissen, daß es für sie vorläufig keine Wiederkehr gibt. Nach der Leere der letzten Tage sind heute die Bänke aller Fraktionen wieder dicht besetzt, am stärksten die der Deutschnationalen. Offenbar sind sie kommandiert, um für die zügellosen Ausfälle ihres Protagonisten Helfferich den nötigen Chorus zu stellen.

Noch ist es unsicher, ob Herr Helfferich einen neuen Versuch machen wird, die Golddiskontbank, die sein glücklicher Konkurrent Dr. Schacht zustande gebracht hat, zu Fall zu bringen, aber nach der Abfuhr, die er sich gestern im Haushaltausschuß geholt hat, beschränkt er sich heute auf ein paar sachliche Bemerkungen zu dem voraufgegangenen Referat des Reichswirtschaftsministers und füllt den Rest seiner Rede mit sinnlosen Beschimpfungen gegen den Chefredakteur der „Vossischen Zeitung". Man ist ja noch immun, und da hat selbst eine kaiserliche Exzellenz das Recht, kommun zu werden.

Aber der Beifall, auf den der Frondeur Helfferich gerechnet hat, **bleibt aus.** So muß er, um sich einen guten Abgang zu verschaffen, Heinrich Heine herbeizitieren. Geistige Anleihen nimmt man — ebenso wie finanzielle — auch von denen, die man sonst bei jeder Gelegenheit besudelt.

Nach Dr. Helfferich Dernburg, dann Robert Schmidt. Die Rednerliste weist noch eine Reihe von Namen auf und dazu planen die Kommunisten eine stundenlange Obstruktionsrede. Die Schlußsitzung wird also doch nicht ganz programmäßig verlaufen.

Der Auflösungsakt.

Wie sich die Auflösung vollziehen wird, steht bereits fest. Anträge werden von keiner Seite gestellt werden, und keinerlei Abstimmungen werden dem historischen Akt vorausgehen. Der Reichskanzler wird eine längere Erklärung abgeben, in der er zum Ausdruck bringt, daß das Beharren der Sozialdemokraten und Deutschnationalen auf der Durchberatung der Notverordnungen die Regierung zwingt, den Reichstag aufzulösen. Im Anschluß daran wird die Regierung ein größeres Communiqué herausgeben.

Einstweilen ist Reichskanzler Dr. Marx noch nicht im Hause, sonst aber ist die Ministerbank bereits vollzählig besetzt. Dr. Stresemann geht wiederholt ins Plenum hinunter, um mit seinem Fraktionsgenossen eingehend zu unterhandeln. Der Bruch innerhalb der Volkspartei ist selbstverständlich das Hauptgesprächsthema in den Wandelgängen. Neues vom volksparteilichen Kriegsschauplatz wird aber noch nicht gemeldet. Es bleibt also vorläufig in der Schwebe, **ob die Volksparteiler getrennt oder vereint in die Wahlschlacht marschieren werden.**

Die amerikanische Franc-Stützung.

Jubel in Paris.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wf **Paris,** 13. März.

Die meisten Morgenblätter stellen den gestrigen Devisensturz als einen großen Erfolg der französischen Regierung hin. **Die offiziöse Presse preist den Finanzbeistand Englands und Amerikas in Wendungen, die an die Kriegszeit erinnern.** Sie spricht von der „großen Schlacht um den französischen Franken, der von den Deutschen hart bedrängt wurde, aber jetzt mit Hilfe der englischen und amerikanischen Verbündeten aus seiner schwierigen Lage befreit werden konnte." (!)

Einige Zeitungen geben jedoch zu verstehen, daß die Zuflucht zu Stützungskrediten eine äußerste Maßnahme darstelle, die zunächst nur vorübergehende Besserung herbeiführen kann.

Die „Journée Industrielle" betont, daß es einzig und allein von der französischen Politik abhängt, ob die Stützungsaktion zu einer dauernden Besserung des Frankenkurses führt.

„Atempause" für Frankreich.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

whe **London,** 13. März.

Im Vordergrunde des politischen Interesses steht die englisch-amerikanische Stützungsaktion für den Franken. Ein Syndikat unter Führung Morgans hat der Bank von Frankreich, und zwar **gegen Verpfändung eines entsprechenden Teiles der Goldvorräte,** der französischen Notenbank einen Kredit von 100 Millionen Dollar eröffnet. Drei Londoner Bankengruppen haben gestern abend gleichfalls der Bank von Frankreich bzw. der französischen Regierung gegen Begebung von Schatzscheinen, die eine Laufzeit von drei Monaten haben, aber dreimal auf weitere drei Monate verlängert werden können, einen Kredit von 15 Millionen Pfund eingeräumt. Die Verzinsung der englischen Banken beträgt 5¾ v. H. pro Jahr.

Die Mehrzahl der Morgenblätter begnügt sich darauf hinzuweisen, daß die Londoner und New-Yorker Banken **von den französischen Regierung Zusagen erhalten haben, wonach in ganz kurzer Zeit die Finanzreform zum Ausgleich des Budgets durchgeführt wird.** Der „Daily Herald" weiß sogar, daß das französische Kabinett in der Sonntagssitzung unter dem Vorsitz Millerands beschlossen habe, wenn der Senat der Verabschiedung der Finanzvorlage weitere Schwierigkeiten bereiten sollte, die Nationalversammlung nach Versailles einzuberufen, die der Regierung unter Abänderung gewisser Verfassungsbestimmungen die Befugnis erteilen soll, dringende Maßnahmen auf dem Wege der Notverordnung ohne Gesetz zu erlassen. Die Nationalversammlung setzt sich bekanntlich aus sämtlichen Mitgliedern des Senats und der Kammer zusammen. Die große Mehrheit in der Kammer würde in der Nationalversammlung die Regierungsminderheit im Senat bei weitem ausgleichen, so daß die Regierung auf eine Mehrheit rechnen könnte.

Die Stützungsaktion der New-Yorker und Londoner Banken, die kaum ohne wohlwollende Haltung der englischen und amerikanischen Finanzbehörden zustande kommen konnte, ist zweifellos nur durch politische Konzessionen erreicht worden. Es ist in diesem Zusamemnhang interessant, daß Reuter gestern abend in der Lage war anzukündigen, daß **der Erste Sachverständigenausschuß seinen Bericht fertiggestellt habe, in dem er ein längeres Moratorium für die Reparationszahlungen, dagegen Fortführung der Sachleistungen vorgeschlagen hat, und einen Plan entwickelt haben soll, wie die Reparationszahlungen durch die Ausgabe einer großen Anleihe erleichtert werden könnten.**

Deutlicher als alle diese Hinweise ist der Leitartikel-Kommentar der „Daily News", den wir wörtlich wiedergeben:

> „Die fortschreitende Gesundung des Franken, der sich von 120 auf 105 erholt hat, wird allenthalben begrüßt werden. Sie ist keine Folge der Aenderung der Politik Poincarés, sondern auf die Unterstützung zurückzuführen, die Frankreich von Amerika und England zugesagt worden ist. Dieser neue Versuch, die französische Währung zu stabilisieren, wird nicht nur im Interesse von Frankreich, sondern von ganz Europa unternommen, und es ist zu hoffen, daß die engherzigen und stets zu Verdacht geneigten Pressekritiker dies begreifen werden. Es ist nicht leicht, zu verstehen, warum den Franzosen diese Unterstützung ihres Landes, das aus verschiedenen Gründen langsam in ernste Finanzschwierigkeiten geraten ist, nicht willkommen sein sollte. Frankreich muß sich aber in der Hauptsache erinnern, daß, wie günstig auch die Wirkungen dieser Anleihe sein mögen, sie gegeben wird als eine vorübergehende Maßnahme der Nothilfe. Sie soll nicht den Charakter haben, Frankreich von der Pflicht zu befreien, aus eigener Kraft etwas zu tun, um seine Finanzen zu erholen. **Es bleibt die Notwendigkeit bestehen, die gesamte Ruhrpolitik zu revidieren, und keine Finanzhilfe anderer Länder kann Frankreich davon befreien. Die Unterstützung ist gewährt worden, um Frankreich eine Atempause zu geben, neue Maßnahmen durchzuführen, und es wird die Hoffnung gehegt, daß Frankreich während dieser Periode die Unsinnigkeit seiner Offensive an der Ruhr erkennen wird."**

Der diplomatische Berichterstatter der „Daily News" teilt folgende, von sehr gut unterrichteter halbamtlicher Seite stammede Notiz mit: „Die Erholung des Franc dürfte beweisen, daß die deutschen Hoffnungen, die auf einen Zusammenbruch des französischen **Kredits gegründet waren, wenigstens voreilig sind.**